



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Thomas Zöller, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr, Thorsten Freudenberger, Stefan Meyer, Martin Mittag, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Carolina Trautner und **Fraktion (CSU)**

Drs. 19/8669

Leiharbeit in der Pflege begrenzen – Gleichbehandlung von Stammbeschaft und Leiharbeitskräften fördern

Der Landtag stellt fest, dass die Gewinnung von Pflegefachkräften für den Gesundheits- und Pflegebereich eine der aktuell wichtigsten gesundheitspolitischen Herausforderungen darstellt.

Der Landtag begrüßt die Schritte, die die Staatsregierung mit Blick auf dieses Ziel bereits unternommen hat und weiterhin unternimmt, etwa die Einrichtung der Fast Lane für ausländische Berufsankerkennungen oder die Förderung von Springermodellen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel sowie durch ihren Einsatz auf Bundesebene Arbeitgeber weiterhin dabei zu unterstützen, ihren Pflegekräften hervorragende Rahmen- und Arbeitsbedingungen zu bieten. Der Verbleib der Stammbeschaft muss weiter unterstützt werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, alle rechtlichen Möglichkeiten zur Begrenzung der Leiharbeit konsequent auszuschöpfen, insbesondere:

- verlässliche Arbeitszeitmodelle mit planbaren Urlaubs- und Freizeiten, z. B. weiterhin durch Springerpools sowie Sicherstellung ihrer Finanzierung, wie im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vorgesehen
- Angleichung von Vereinbarungen hinsichtlich der Arbeitszeiten, insbesondere zu Nachtzeiten, an Wochenenden und Feiertagen zwischen Stammbeschaft und Leiharbeitskräften, wie im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vorgesehen
- Arbeitsentlastung durch den Ausbau der Digitalisierung, insbesondere im Bereich des Einsatzes von elektronischen Patienten- und Bewohnerdokumentationen
- Stärkung der Fachkräftegewinnung, auch aus dem Ausland

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident